

beraten und beschlossen

Bericht aus der Landessynode

VII. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 22. bis 25. November 2016

Klare Position für Friedensbemühungen

Die hannoversche Landessynode hat die Politik und die eigenen Kirchenmitglieder aufgefordert, sich mehr als bisher für Frieden, die Achtung der Menschenrechte und weltweite Abrüstung einzusetzen. Rüstungsexporte, an denen Deutschland einen hohen Anteil habe, seien „eine zentrale Voraussetzung und ein starker Antrieb für kriegerische Auseinandersetzungen“, heißt es in dem Wort der Landessynode „Kirche des gerechten Friedens“, das einstimmig verabschiedet wurde. Sie fordert darin: „Die Erhöhung der weltweiten Ausgaben für Rüstung und Militär ist ein Irrweg, der verlassen werden muss.“ Die Beratungen zum Schwerpunktthema Frieden fanden im Zusammenhang mit dem „Europäischen Stationenweg Reformation“ in Osnabrück statt.

Militär könne im besten Falle für eine Eindämmung akuter Gewalt sorgen. „Für einen gerechten Frieden muss der Einsatz von militärischer Gewalt schrittweise durch zivile Ansätze zur Konfliktlösung ersetzt werden.“ Das drei Seiten lange Papier war vom Ausschuss für Mission und Ökumene in den vergangenen sechs Monaten erarbeitet worden. In Workshops hatten sich die Mitglieder des Kirchenparlaments am Vormittag damit beschäftigt.

Ottomar Fricke, Ausschussvorsitzender, hatte das Wort der Landessynode eingebracht. Eingangs wies Fricke auf

die herausragende Bedeutung des Wortes „Frieden“ in der Bibel hin und auch auf das Wissen darum, wie zerbrechlich und gefährdet Frieden sei. Frieden sei selten so umfassend zu finden wie es die biblische Vorstellung vom Schalom beschreibe.

„Wir stellen fest: Auch wir sind am Unfrieden beteiligt mit unserem Verhalten und durch unsere Lebensführung“, mahnte Fricke. Die Kirche habe sich „zu oft damit begnügt, die Abwesenheit von Krieg und Gewalt als Frieden anzusehen. Bis heute fragen wir zu wenig, inwiefern unser Lebensstil (...) zur Verschärfung von Konflikten (...) beiträgt“, heißt es in dem Papier. Es müsse weitere Schritte geben, so der Ausschussvorsitzende. „Ich wünsche mir, dass diese Frage in Kirchengemeinden und Einrichtungen weiter diskutiert wird und wir dann konkret definieren, wie diese Arbeit weiter aussehen kann.“ Dieses Papier sei eine Selbstverpflichtung, betonte Prof. Dr. Florian Wilk. Der Ausschuss für Mission und Ökumene wird an der Thematik weiterarbeiten und ein weiteres Aktenstück in der Tagung im Frühjahr 2017 einbringen, das eine Finanzschätzung benennt und konkrete Projekte vorstellt. Zudem gibt es die Überlegung, während einer der nächsten Synodentagungen einen Abend der Begegnung mit muslimischen Verbänden zu organisieren.



Dr. Irmgard Schwaetzer und Landesbischof Ralf Meister vor dem Reformations-Truck

Aus dem Inhalt

Haushalt nach engagierter Diskussion beschlossen

Seite 2

Bischofsbericht:
Mit Dialog gegen Populismus

Seite 4+5

Landessynode tagt
in Osnabrück

Seite 6+7

Haushaltslage wird schwieriger

Diskussion über Schuldenerlass für Diakovere – Personalkosten und Pensionszahlungen steigen

Die hannoversche Landeskirche plant für die beiden kommenden Jahre einen Haushalt von jeweils rund 590 Mio. Euro. Die Haushaltslage sei solide, doch die Kraft der Kirchensteuer werde in den Folgejahren deutlich abnehmen, sagte Finanzchef Dr. Rolf Krämer. „Die fetten Jahre sind vorüber.“

Krämer legte dem Kirchenparlament einen Haushalt mit Erträgen von 588,2 Mio. Euro für 2017 und 586,6 Mio. Euro für 2018 vor – das sind rund 10 Mio. Euro mehr als der Etat im laufenden Jahr. Die Einnahmen stammen zu 92 Prozent aus den Kirchensteuern. Die Ausgaben kämen zu 72 Prozent den Gemeinden und Kirchenkreisen zugute, erläuterte er. Die Personalkosten werden in den kommenden Jahren steigen: 2017 müssen bereits 82 Prozent der Kirchensteuer für Personal ausgegeben werden, 2018 gar 85 Prozent. Auch vor einer weiteren möglichen Entwicklung warnte der Vizepräsident des Landeskirchenamtes (LKA): Sollte es der niedersächsischen Autoindustrie nicht gelingen, sich dem Strukturwandel anzupassen, könnte der Verlust von Arbeitsplätzen auch Mindereinnahmen von bis zu 10 Mio. Euro Kirchensteuern bedeuten.

In beiden Jahren sind laut Krämer insgesamt 48 Mio. Euro für die 656 Kindertagesstätten der Landeskirche vorgesehen. 14,5 Mio. Euro fließen an die sechs ev. Schulen. Für 39 Mio. Euro sollen Kirchen und Kapellen saniert werden. 8 Mio. Euro gehen an die Flüchtlingsarbeit in den Kirchengemeinden. 8,7 Mio. Euro erhält der Ev. Entwicklungsdienst. 2,5 Mio. Euro sind für den Klimaschutz bestimmt.

Der Finanzchef rechnet für das laufende Jahr mit Kirchensteuer-Einnah-



men von insgesamt 546 Mio. Euro. Trotz der stagnierenden Entwicklung werde die Landeskirche das Haushaltsjahr 2016 mit einem Plus von rund 15 Mio. Euro abschließen können. Ab 2019 erwartet Krämer eine Reihe von Defiziten, die sich der Prognose zufolge bis 2024 auf insgesamt 94,5 Mio. Euro summieren. Sie könnten durch eine Risiko-Rücklage abgedeckt werden. Spätestens in vier Jahren müsse die Landessynode jedoch neu definieren, was für die Kirche künftig notwendig sei.

Man müsse sich auf eine Absenkung der Steuereinnahmen einstellen, so auch Gerhard Tödter, Vorsitzender des Finanzausschusses. Sorgen bereiteten insbesondere die steigenden Aufwendungen für Pensionszahlungen. Sie würden die finanzielle Handlungsfähigkeit weiter einschränken. Diskutiert wurde in der anschließenden Aussprache die Forderung nach einem Perspektivausschuss, der die Zukunft der Kirche strukturiert in den Blick nehmen solle. Dr. Christian Sürle meinte, ein sol-

cher Ausschuss müsste eigentlich schon morgen mit der Arbeit beginnen, der Vorsitzende des Landessynodalausschusses (LSA), Jörn Surborg, hielt dagegen: „Das kann diese Landessynode aufgrund ihrer zeitlichen Belastung beim besten Willen nicht mehr leisten.“

Eine Diskussion entzündete sich an dem Antrag, noch im Haushaltsjahr 2016 auf 5 Mio. Euro des landeskirchlichen Darlehens für Diakovere zu verzichten sowie für 2017 weitere 4,5 Mio. Euro als Zuschuss einzustellen (s. Bericht S. 3). Hendrik Wolf-Doettinchem erklärte, er habe angesichts eines Darlehensverzichtes Bauchschmerzen. „Wir haben quasi als Bank dieses Darlehen gewährt – seit wann verschenkt eine Bank Geld?“ Zudem fühle er sich extrem schlecht informiert. Darin stimmten ihm weitere Mitglieder der Landessynode zu. Dies war Anlass für den Antrag, dass Vorlagen künftig spätestens 48 Stunden vor Beginn von Ausschusssitzungen vorliegen müssen. Rolf Krämer verteidigte den Darlehensverzicht: „Wir verschenken kein Geld, wir erwarten dafür eine Gegenleistung. Laut Gutachten ist Diakovere auf einem guten Weg.“ Landesbischof Ralf Meister gab zu bedenken: „Die Glaubwürdigkeit von Kirche macht sich markant an der Diakonie fest.“ Mit elf Gegenstimmen und acht Enthaltungen wurde der Antrag, auf 5 Mio. Euro des Darlehens zu verzichten, angenommen. Auch dem Antrag, einen Zuschuss von 4,5 Mio. Euro für Diakovere mit Sperrvermerk in den Haushalt 2017 einzustellen, folgte die Landessynode mehrheitlich. Mit deutlicher Mehrheit wurde der Haushalt schließlich verabschiedet.

Mehr Pastoren in Gemeinden einsetzen

Verhältnis der Stellen von Diakonen zu Theologen kritisiert – Reformationsjubiläum nachhaltig nutzen

Die hannoversche Landeskirche investiert insgesamt 2,6 Mio. Euro in Initiativen rund um das 500. Reformationsjubiläum 2017. „Schon jetzt zeichnet sich ab, dass dies sinnvoll investiertes Geld ist“, sagte der Vorsitzende des Landessynodalausschusses (LSA), Jörn Surborg, in seinem Bericht an die Landessynode. Das Jubiläum biete die Chance, Menschen zu erreichen, die sonst im kirchlichen Alltag nur schwer ansprechbar seien. „Der Aufwand lohnt sich, sofern Akzente gesetzt werden, die über das Jubiläum hinaus für unsere Kirche im Alltag spürbar bleiben.“

Die Landeskirche Hannovers plant zum Reformationsjubiläum zahlreiche Aktionen, darunter das Pop-Oratorium „Luther“ in der TUI Arena. In Wolfsburg und Osnabrück empfängt die Landeskirche mit umfangreichen Programmen einen „Reformations-Truck“, der auf einem „Europäischen Stationenweg“ 68 Städte in 19 Ländern miteinander verbindet. Im Sommer 2017 will sich die Landeskirche mit einer eigenen Präsentation an einer „Weltausstellung“ zur Reformation in Wittenberg beteiligen. Geplant sind zudem viele Konzerte, Gottesdienste und Ausstellungen.

In seinem Bericht warb Surborg auch dafür, ein vor zwei Jahren gewährtes Darlehen von zehn Mio. Euro an den kirchennahen Sozialkonzern Diakovere in Hannover in einen Zuschuss umzuwandeln und somit auf die Rückzahlung zu verzichten. Diakovere hatte zuletzt finanzielle Engpässe zu verkraften. Nachdem die Landeskirche Diakovere das Darlehen gewährt hatte, hatte das Unternehmen um weitere Unterstützung für ein langfristiges Sanie-



In Osnabrück erlebte die Landessynode den Reformations-Truck, der hier erste Station in Deutschland machte.

rungskonzept gebeten. Zu dem Konzern gehören drei evangelische Krankenhäuser sowie Einrichtungen der Alten-, Jugend- und Behindertenhilfe. Der Zuschuss könne ein deutliches Signal sein, dass die Landeskirche zu dem diakonischen Konzern stehe, so Surborg.

Ein weiteres Thema waren die personalwirtschaftlichen Ziele der Landeskirche. Dabei geht es unter anderem um ein angemessenes Verhältnis der kirchlichen Berufsgruppen zueinander. Während die Ziele bei den Kirchenmusikern erreicht und im Falle der Pfarrstellen nur geringfügig verfehlt worden seien und in den kommenden Jahren noch aufgeholt werden könnten, stelle sich die Situation bei den Diakonenstellen schlechter dar: Statt 360 Stellen werde es zum Ende des Planungszeitraums nur rund 341 Stellen geben, das Ziel sei damit „deutlich verfehlt“. Ein Grund liege, so Surborg, in der Doppelqualifikation der Diakone und Diakoninnen. Die Anstellung bei kom-

munalen Arbeitgebern erscheine manchem mit Blick auf die Arbeitsbedingungen attraktiver als bei der Kirche. „Es gibt hier geradezu eine Sogwirkung.“

Angesichts des sich zunehmend bemerkbar machenden Pfarrermangels soll die Zahl der Geistlichen, die außerhalb von Kirchengemeinden tätig sind, in den kommenden Jahren nach und nach reduziert werden.

Kerstin Dede fragte in der Aussprache, welches Bild von Kirche sich hinter bestimmten Entscheidungen zur Reduzierung von Diakonenstellen verberge. In manchen Regionen gebe es ein Verhältnis von 1:11 im Vergleich mit Pfarrstellen, beklagte die Beauftragte für Diakoninnen und Diakone. Nun sollen sich der Ausschuss für kirchliche Mitarbeit und der Diakoniausschuss mit der Frage befassen, wie die Kompetenzen der Diakone künftig besser genutzt werden können. Die Landessynode stimmte einem entsprechenden Antrag zu.

Meister: Mit Dialog gegen Populismus

Bischofsbericht auch zu Landwirtschaft und Endlagerfrage

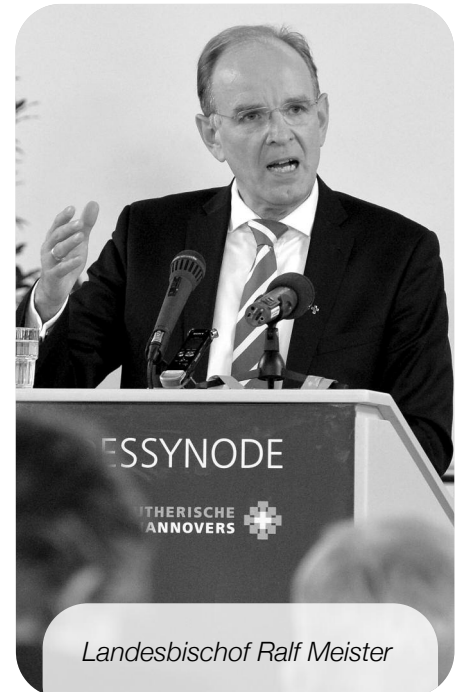
Landesbischof Ralf Meister hat den Populismus in der jüngsten Zeit scharf verurteilt. Es sei nicht neu, dass von Populisten viel gelogen werde, sagte er in seinem Bericht am Mittwoch. „Aber so offen und unverschämt, wie von gesellschaftlichen Eliten, übrigens auch den wirtschaftlichen, in den vergangenen Monaten gelogen wurde – das ist ungewohnt in unseren Demokratien.“ Es sei vielfach analysiert worden, mit welchen falschen oder verzerrten Positionen Meinungen mobilisiert würden, um damit Zorn oder Hass hervorzurufen. Der Effekt sei immer gleich: Haltungen würden demontiert. Viele Menschen wollten keine Zusammenhänge mehr verstehen, die Wahrheit interessiere sie nicht. Persönliche Probleme und Betroffenheiten würden zum Maßstab der Politik. „Eine Stimmung wird geschürt, die Rassismus salonfähig macht, die entwürdigt und verletzt“, sagte Meister. Populismus verspreche schnelle Fakten, einfache Lösungen, Durchgreifen, Aufräumen und Durchsetzen. Er gebe sich als Volkes Stimme aus, obwohl er tatsächlich nur für eine Minderheit spreche.

Viele Menschen verständen die Sprache der institutionellen Eliten nicht und fühlten sich auch von der Sprache der Kirche unverstanden. Sie sähen sich mit ihren Ängsten und Sorgen nicht ausreichend wahrgenommen, betonte der Landesbischof. Für die großen gesellschaftlichen Themen und Konflikte gebe es jedoch weder Patentrezepte noch „richtige Lösungen“, hob der Theologe hervor. Angesichts der vielen Interessen und Aspekte brauche es vielmehr Kompromisse und Zwischenlösungen. Außerdem müsse viel deutlicher herausgestellt werden, dass die

Werte, die Staat und Kirche verträten, den Bedürfnissen der Menschen „unendlich mehr entsprechen als jede populistische Versprechung“. Für die Kirche bedeute dies konkret, dass mit den Menschen, „die sich bei öffentlichen Veranstaltungen nicht oder nur in Gruppen plakativ äußern“, Gespräche gesucht werden müssten. Ein positives Beispiel dafür seien verschiedene Dialogforen der Kirche, sagte Meister. „Es ist unsere ureigene Aufgabe, das Gespräch mit jenen, die den populistischen Stimmen mehr und mehr vertrauen, bewusst zu suchen.“

Die Kirche muss nach Ansicht Meisters das anlaufende Suchverfahren nach einem Endlager für den hochradioaktiven Atommüll dauerhaft begleiten. „Ich wünsche mir kirchliche Akteure, für die das Interesse an der Endlagerfrage zur verlässlichen und beharrlichen Haltung wird“, sagte Meister, der selbst Mitglied der vom Bundestag ernannten Endlager-Kommission war, die zwei Jahre lang Empfehlungen für die Standortsuche erarbeitet hat. Die Endlagersuche sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, „bei der wir als Kirchen und Gemeinden nicht abseits bleiben können“. Es gehe nicht nur darum, gegenwärtigen Sicherheitsbedürfnissen gerecht zu werden. „Es geht auch darum, dass wir nach uns kommenden Generationen Handlungsräume und Lebenschancen nicht verbauen. Wer sich hier für unzuständig erklärt, bleibt etwas schuldig.“

Der Dialog mit den Landwirten muss nach Ansicht Meisters bei der Kirche auf der Tagesordnung bleiben. „Die Bäuerinnen und Bauern verdienen es, dass wir ihnen wertschätzend und mit Respekt vor ihrer Arbeit begegnen“,



sagte er und begründete dies unter anderem mit der angespannten wirtschaftlichen Situation vieler Höfe. Das landwirtschaftliche Einkommen sei in den vergangenen Jahren um die Hälfte gesunken und liege aktuell im Schnitt bei 30.000 Euro brutto. Von dieser Summe müssten noch Investitionen, Vorsorge und gegebenenfalls Löhne gezahlt werden. „Die großen Gebäude und teuren Maschinen täuschen einen materiellen Reichtum vor, in Wirklichkeit sind viele Höfe hoch verschuldet“, machte der Bischof deutlich. Wie die Kirche in diesem Bereich agiere, werde sehr wohl wahrgenommen. Das Jahr 2019 soll für die Landeskirche ein „Jahr der Achtsamkeit“ werden. Am Anfang dieser Idee ständen Fragen, so Ralf Meister. „Welche Möglichkeiten der Entschleunigung wollen wir? Welche Freiräume für eigene geistliche Suche eröffnen wir?“ Um auf Antworten zu diesen Fragen zu kommen, werde Anfang nächsten Jahres eine Projektgruppe eingesetzt.

„Kirche muss verständlich sprechen“

Synodenmitglieder diskutieren Bischofsbericht – Plädoyer für strukturierten Blick in die Zukunft

Im Zentrum der Aussprache über den Bericht des Landesbischofs standen die Fragen zum Umgang der Landeskirche mit Populismus, demografischem Wandel und Landwirtschaft. Prof. Dr. Florian Wilk machte darauf aufmerksam, dass hinsichtlich des Themas „Populismus“ viel aus dem christlich-jüdischen Dialog zu lernen sei. Die sachliche Auseinandersetzung und die persönliche Begegnung müssten Hand in Hand gehen. Das schließe ein, dass die eigene Überzeugung unter Vorbehalt gerate, aber auch die Verpflichtung des Gegenübers, sich auf Wahrheitssuche zu begeben. Eine bloße Kontrastierung verschärfe den Dissens.

Der Jugenddelegierte Claas Goldenstein gab zu bedenken, dass vieles, was populistisch als „Sorgen“ bezeichnet werde, eigentlich Ressentiments seien. „Wir müssen die Menschen ernst nehmen, aber nicht die Ressentiments. Und wenn ich die Menschen ernst nehme, darf ich ihnen auch sagen, wenn sie auf dem falschen Weg sind. Das ist keine Absage an Austausch und Kommunikation“, machte er deutlich.

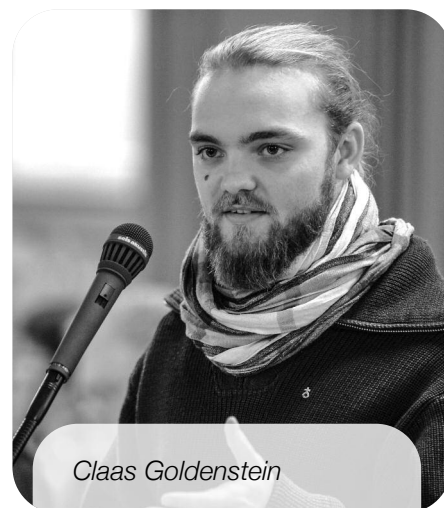
Eine starke synodale Aufmerksamkeit erhielten die Ausführungen des Landesbischofs zum Umgang mit der Sprache. Es sei wichtig, eine Sprache zu sprechen, die verstanden werde, sagte beispielsweise Ruth Scheffler-Hitzegrad und betonte dabei auch die Chance, die es bieten könne, Quereinsteigern den Weg ins Pfarramt zu ebnen. „Wir müssen Dinge anders ausdrücken, damit die Menschen verstehen, was wir meinen“, bestärkte Dr. Lutz Meyer. Seine Ausführungen seien eine massive Kritik am Umgang mit der

Sprache, reagierte Meister auf die Rückmeldungen. „Auch Kritik an meiner eigenen Sprache und der Sprache der Kirche.“

Mit dem demografischen Wandel könnte sich die Landessynode auf einer ihrer nächsten Tagungen ausführlicher beschäftigen. Ein Antrag von Dr. Fritz Hasselhorn nahm die Anregung des Landesbischofs auf zu überlegen, ob das Thema „Kirche der Zukunft“ Schwerpunkt einer Synodentagung werden solle. Für einen strukturierten Blick in die Zukunft der Kirche plädierte Dr. Jörg Zimmermann. „Wir müssen uns klarmachen: Wo wollen wir hin? Wo wollen wir 2030 stehen? Aber auch: Was steht uns dabei im Weg?“

In einem sehr persönlichen Wortbeitrag machte Christine Lührs auf die schwierige Situation der Landwirte aufmerksam. Im Bericht des Landesbischofs würden Fakten genannt, mit denen kleine Betriebe schon lange leben müssten. Landwirte machten eine gute Arbeit, erlebten aber Übergriffe, wenn sie sich in der Debatte zu Wort meldeten. Ein Klima der Angst verbreite sich – dies sei auch eine Folge des Populismus.

Auf die Probleme kirchlicher Präsenz im ländlichen Raum wies Ernst August Gausmann hin: „Es kann nicht sein, dass Gottesdienste im ländlichen Raum nicht mehr regelmäßig stattfinden und wir uns dann wundern, dass die Kirche vor Ort nicht mehr wahrgenommen wird.“ In seinem Schlusswort betonte Meister nochmal seine Wertschätzung für kleine Kirchengemeinden: „Mir ist es ein Anliegen, dass die schwierige Situation der kleinen Gemeinden Beachtung findet.“



Claas Goldenstein



Christine Lührs



Prof. Dr. Florian Wilk



In Osnabrück wurde die Landessynode von Oberbürgermeister Wolfgang Griesert im Rathaus begrüßt.



Ottomar Fricke brachte das Wort der Landessynode ein.



Zu Besuch im Reformations-Truck mit Geschichten der Reformation.

Wichtiges in Kürze

Die Landeskirchensteuerbeschlüsse hat die Landessynode in erster und zweiter Lesung beschlossen. Hier ging es um Präzisierungen in Blick auf die Kirchensteuer der Landeskirche Hannovers in Niedersachsen, aber auch für Gebiete der Landeskirche, die in den Bundesländern Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen liegen. Oberkirchenrat Wolf Martin Waldow verband seine Ausführungen mit einem Dank an die Kirchensteuerzahlerinnen und -zahler, ohne deren Beiträge kirchliche Arbeit so nicht möglich wäre.

Entlang der Grenze zwischen den Landeskirchen Braunschweig und Hannovers gehören einige Orte historisch bedingt zur jeweils anderen Landeskirche als die Kirchengemeinde, in der das zuständige Pfarramt angesiedelt ist. Das soll nun bereinigt werden. Von der Neuordnung sind auf beiden Seiten jeweils rund 1.500 Kirchenmitglieder betroffen. Ein eigenes Kirchengesetz ist nötig, da der Austausch über die Größe einer Kirchengemeinde hinausgeht. Der Gesetzentwurf ist nun von der Landessynode beschlossen worden.

Ein Beschluss über den Gesetzentwurf zur Regelung besoldungs-, versorgungs- und dienstrechtlicher Vorschriften wird auf die Tagung der Landessynode im Mai 2017 verschoben. Ziel bleibt dabei ein rückwirkendes Inkrafttreten zum 1. Januar 2017. Betroffen davon ist auch die Vorziehung der beschlossenen Durchstufung in der Pfarrbesoldung von A 13 nach A 14. Hintergrund der Vertagung ist, dass die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen entsprechende Regelungen einvernehmlich gestalten will.

Auf den Spuren des Friedens

Landessynode besucht in Osnabrück Rathaus und beschließt ihr Wort zum gerechten Frieden

Ihre Beratungen zum Wort „Kirche des gerechten Friedens“ verband die Landessynode mit einem Besuch in Osnabrück, der Stadt des westfälischen Friedens. Hier war Gelegenheit zum Treffen mit Franz-Josef Bode, Bischof des Bistums Osnabrück, und Oberbürgermeister Wolfgang Griesert. Ein Grußwort vor der Landessynode sprach die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Dr. Irmgard Schwaetzer.

„Frieden ist nicht einfach zu haben“, sagte Schwaetzer. Es gehe um Verhandlung und Dialog auf Augenhöhe. Mit dem Thema „Gerechter Friede“ knüpfe die Landessynode an die EKD-Denkschrift von 2007 an, mit der ein Paradigmenwechsel vollzogen worden sei. Einen gerechten Krieg könne es nicht geben. Daran zu arbeiten, was zum gerechten Frieden gehöre, sei immerwährende Aufgabe der Kirche. In Osnabrück beschlossen die Kirchen-

parlamentarier ihr „Wort der Landessynode“ und nutzten zugleich die Gelegenheit, den Reformations-Truck auf seiner ersten Station in Deutschland zu besichtigen. Er tourt im Reformationsjahr 2017 durch 19 europäische Länder. Anschließend nahm die Landessynode an einer Podiumsdiskussion des Norddeutschen Rundfunks

zum Thema „Was können Christen für den Frieden tun?“ in der Marienkirche teil. Auf dem Podium: Renke Brahms, Friedensbeauftragter der EKD, Fernando Enns, Leiter der Arbeitsstelle „Theologie der Friedenskirchen“ an der Uni Hamburg, und Dr. Hartwig von Schubert, Militärdekan an der Führungsakademie der Bundeswehr.



Die Landessynode hat zugestimmt, dass das Landeskirchenamt vom Optionsrecht nach § 27 Absatz 22 Umsatzsteuergesetz Gebrauch machen wird. Das Landeskirchenamt übernimmt diese Aufgabe stellvertretend für Kirchen- und Kirchenkreisvorstände. Damit nutzt sie die Möglichkeit, das neue Umsatzsteuergesetz, nach dem die Umsatzsteuerpflicht für Kirchengemeinden und -kreise enger gefasst wird, erst nach einer Übergangsfrist umzusetzen. Bis Ende 2020 können die kirchlichen Körperschaften nun noch wie bisher verfahren.

Für die Einführung der Doppik stehen im Haushalt 2017/2018 Mittel von insgesamt knapp 3,5 Mio. Euro für Kirchen(kreis)ämter zur Verfügung. Für die Projekteinführung erhält jedes Kirchenamt 70.000 Euro, für jede geprüfte Eröffnungsbilanz 1.000 Euro. Dem Finanzausschuss der Landessynode waren zu diesem Thema mehrere Anträge zugegangen. Mit der Einführung der Doppik sei in den Verwaltungen ein erheblicher Mehraufwand entstanden, begründeten die Antragsteller ihre Bitte um zusätzliche finanzielle Unterstützung.

Nicht nur das Projekt „Vision Kirchenmusik“, sondern auch die damit verbundenen Stellen werden zunächst bis Ende 2018 befristet. Ein entsprechender Antrag wurde von der Landessynode nahezu einstimmig angenommen. Ursprünglich war das Projekt „Vision Kirchenmusik“ bis Anfang 2017 angelegt worden, es wurde bereits bis Ende 2018 verlängert. Die damit verbundenen Stellen waren in der Befristung nicht berücksichtigt worden. Ob das Projekt dauerhaft fortgeführt werden soll, entscheidet sich nach einer Evaluation.

Kirche will sich Quereinsteigern öffnen

Auf zweitem Bildungsweg sollen 35- bis 50-Jährige für Pfarrberuf gewonnen werden

Die Universität Göttingen und die Ausbildungsverantwortlichen der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen wollen einen Studiengang für Quereinsteiger in den Pfarrberuf entwickeln. Das hat Oberkirchenrat Helmut Aßmann für das Landeskirchenamt berichtet.

Hintergrund ist der sich abzeichnende Pastorenmangel in den kommenden Jahren. In zwei bis vier Jahren könnten im Bereich der Landeskirche vielleicht 20 bis 50 Pastoren fehlen, so Aßmann. Der angedachte Masterstudiengang für Quereinsteiger richte sich an Personen in der Lebensmitte, die ein Interesse an einer berufsbegleitenden theologischen Ausbildung haben, heißt es in dem Bericht. Andere Kirchen wie etwa Kurhessen-Waldeck, Bayern oder die Konkordatskirchen der deutschsprachigen Schweiz vermeldeten „er-

staunliche Interessentenzahlen“. Die Universität Marburg beispielsweise bietet einen dreijährigen Masterstudiengang an. Angesprochen werden sollen hauptsächlich 35- bis 50-Jährige. Die Studienanfängerzahlen im Fach Evangelische Theologie sind seit Mitte der 1990er-Jahre eingebrochen. „Die mittelfristig anstehende Frage wird sein, in welchem Maße und in welchen Formaten sie offensive Werbung einsetzen muss, um Nachwuchskräfte zu gewinnen“, heißt es in dem Bericht des Landeskirchenamtes.

Die bestehende Projektstelle für Nachwuchswerbung sei erfolgreich und inzwischen auf Dauer eingerichtet worden. Angesichts der Absolventenzahl sei das klassische Theologiestudium „bis zur Stunde ohne Alternative für das pastorale Amt“, hält der Bericht fest.

In der Aussprache warb Rolf Bade für einen „sensiblen Umgang mit dem Sprachenproblem“: Hebräisch, Griechisch und Latein könnten auf dem zweiten Bildungsweg eine andere Rolle spielen als im klassischen Studiengang. Prof. Dr. Florian Wilk von der Universität Göttingen erklärte, die Abstimmung mit anderen Universitäten brauche noch Zeit. Der Studiengang für Quereinsteiger müsse vor allem von der kirchlichen Praxis her konzipiert werden. Dazu betonte Dr. Katja Lembke, es müsse ganz klar festgelegt werden, wofür ausgebildet werde und welche Kompetenzen von den Quereinsteigern erwartet würden. Der Jugenddelegierte Jonas Jakob Drude mahnte an, die verschiedenen Studienformen müssten aufeinander abgestimmt werden: „Das muss Hand in Hand gehen.“

Mehr Platz für Studierendengemeinden

Die Evangelische Studierendengemeinde (ESG) in Göttingen brauche mehr Platz, so Michael Gierow, Vorsitzender des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit. Schon 2014 und im Mai 2016 hatte dieses Thema auf der Tagesordnung gestanden. Die räumliche Situation der ESG für Andachten, Gottesdienste und Treffen habe sich zwar verbessert, aber es gebe noch Steigerungsbedarf für Veranstaltungen in Campusnähe, heißt es im Bericht des Ausschusses. Gerade in Göttingen als „Heimatstandort“ für Theologiestudierende werde sehr genau wahrgenommen, was die Landeskirche für die Studentenschaft tue. Dabei haben die

Antragsteller nicht nur den theologischen Nachwuchs im Blick. Möglichst viele angehende Akademiker sollten aus dem Studium das Gefühl mitnehmen, dass die Kirche eine „bleibende Relevanz“ in ihrem Leben habe. Daher sei die Präsenz von Kirche an einem Hochschulort eine Chance, die man sich nicht entgehen lassen dürfe. Insgesamt seien die Aktivitäten in der Studierendearbeit in Göttingen vielfältig, blieben aber hinter den Möglichkeiten zurück, da nicht genug Raum vorhanden sei.

Nachdem die Kirche erst 1997 und 2006 Gebäude in Göttingen verkauft hat, plädierte Prof. Dr. Antje Roggen-

kamp dafür, „mit extremem Fingerspitzengefühl“ zu agieren und sehr genau die Außenwirkung zu bedenken, die der Kauf einer Immobilie in Göttingen hätte. Rolf Bade regte an: „Lassen Sie uns die anderen Hochschulstandorte mit in die Perspektive nehmen, ohne Göttingen zu vernachlässigen.“ Dr. Uwe Brinkmann schlug vor, darüber nachzudenken, Räume anzumieten statt zu kaufen.

Dem Antrag des Ausschusses, den Bericht hinsichtlich der Verbesserung der räumlichen Ausstattung der ESG in Göttingen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, stimmte die Landessynode zu.



Dr. Jens Rannenberg

Auf „neutralem Gebiet“, wie der Diakonieausschussvorsitzende Dr. Jens Rannenberg es augenzwinkernd nannte, fand jetzt die erste gemeinsame Diakonieausschusssitzung der Synoden der Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen statt. Es habe lange gedauert bis zu dieser Sitzung, so Rannenberg. Grund dafür seien unterschiedliche Strukturen der diakonischen Arbeit in den Landeskirchen.

Erste Sitzung gemeinsam

Diakonieausschüsse der Konföderation gemeinsam in Bremen

Die 24. Landessynode hatte über eine erhebliche Veränderung der Gestalt der Konföderation und ihrer Rechte beraten. Als Konsequenz der damaligen Entwicklungen waren die Synodenausschüsse aufgefordert worden zu prüfen, ob Themen, die alle Kirchen der Konföderation betreffen, nicht in gemeinsamen Ausschusssitzungen beraten werden sollten. Da es solche Themen im Bereich der Diakonie eindeutig gebe, sei die gemeinsame Sitzung initiiert worden, so Rannenberg. Künftig soll es ein bis zwei solcher Sitzungen pro Jahr geben, die nächste im Februar 2017 auf Einladung der braunschweigischen Landessynode. Dort solle dann unter anderem über die Finanzierung der ev. Kindertagesstätten und über die Umsetzung der ACK-Klausel in den anderen Kirchen gesprochen werden. Die Klausel soll es Gemeindegliedern aller Kirchen, die

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) sind, ermöglichen, für jede Kirche der ACK zu arbeiten.

Ob die Zusammenarbeit sinnvoll und wünschenswert ist, diskutierte das Kirchenparlament im Anschluss. Thomas Reisner gab zu bedenken, es gehe eigentlich nicht, „dass sich Fachausschüsse treffen, wenn die Synoden beschlossen haben, nicht zusammenzuarbeiten“. Dem hielt Dr. Fritz Hasselhorn entgegen, die Zusammenarbeit sei ein Synodenwunsch gewesen. Und auch Jörn Surborg betonte, es sei wichtig gewesen, dieses Treffen zu realisieren und damit ein Zeichen für die Zusammenarbeit zu setzen. Der Präsident Dr. Matthias Kannengießer hob hervor, das Präsidium der Landessynode habe die Anregung gegeben, ein Austausch untereinander sei sinnvoll.

Gebäudemanagement unterschiedlich entwickelt

Das Gebäudemanagement hat sich in den einzelnen Kirchenkreisen ganz unterschiedlich entwickelt. Allerdings: „Mittlerweile findet in allen Kirchenkreisen eine Auseinandersetzung mit dem Thema statt“, bilanzierte Oberkirchenrätin Heidrun Böttger in ihrem Bericht vor der Landessynode.

48 Stellen gibt es derzeit im Gebäudemanagement in den 49 Kirchenkreisen, drei davon sind vakant. Der Stellenumfang variiert zwischen zehn und 30 Wochenstunden.

„Es haben sich verschiedene Strukturen in den Kirchenkreisen entwickelt“, so Böttger. Die Stellen sind mit Mitar-

beitenden unterschiedlicher Professionen besetzt, entsprechend unterscheidet sich auch die Vergütung. Einige Kirchenkreise haben das Gebäudemanagement auch an externe Firmen vergeben.

Teilweise habe es erhebliche personelle Fluktuationen gegeben, „aber allmählich kommt es zu einer Stabilisierung“, heißt es im Bericht. In einigen Kirchenkreisen ist das Energiemanagement sehr weit vorangeschritten und zum Teil Ausgangspunkt für die Bewertung des Verbleibs der Gebäude im Bestand. Unabdingbar sei eine Beteiligung der Kirchengemeinden. „Je strukturierter

diese erfolgt, umso tragfähiger zeigen sich die Entscheidungen für eine Veränderung des Gebäudebestandes.“ Die Landeskirche selbst hat nach einer fast zweijährigen Vakanz jetzt eine neue Gebäudemanagerin, die die Kirchenkreise fachlich unterstützt.

In der anschließenden Aussprache warb Dr. Bettina Siegmund für Geduld und Fachkompetenz. „Die wächst nicht auf Bäumen“. Es sei außerordentlich schwierig, für zeitlich begrenzte Teilzeitstellen kompetentes Personal zu finden, deshalb müsse man die Kirchengemeinden finanziell weiter stärken.

„Auf der Zielgeraden“

Erster Entwurf der neuen Verfassung soll im Mai 2017 vorliegen

„Es liegt noch eine Menge Arbeit vor uns, aber wir sind auf der Zielgeraden“, so lautete die Bilanz, die Dr. Matthias Kannengießer als Vorsitzender des Verfassungsausschusses für die Fortschritte der neuen Verfassung zog. Der Zeitplan sieht vor, dass im Mai 2017 ein erster Entwurf vorliegen soll. Ein Jahr lang soll er auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert werden, bevor die Landessynode im Frühjahr 2019 die neue Verfassung verabschieden könnte.

Acht externe Expertinnen und Experten verschiedener Fachrichtungen sind jetzt zu dem Entwurf gehört worden. Ihrer Meinung nach sei der Entwurf „schon ziemlich gelungen“. Kritisch hätten sie angemerkt, die Struktur der Landeskirche sei noch zu „barock“, es gebe zu viele kirchenleitende Organe. Bei Diskussionen zu Alternativvorschlägen sei im Ausschuss jedoch deutlich geworden: „Unsere Konzentration gilt

weiterhin der bisherigen Struktur. Allerdings mit Verbesserungen“, so Kannengießer.

Ein Schwachpunkt dieser Struktur der kirchenleitenden Organe ist nach seiner Einschätzung die Strategiefähigkeit: „Diese Kompetenz ist auf unterschiedliche Organe verteilt. Hier können wir besser werden.“

In der anschließenden Aussprache plädierte Gunda Dröge für die Beibehaltung des Kirchensenats. „Viele an der Macht zu beteiligen, ist gute lutherische Tradition.“

Rolf Bade beantragte, das aktive Wahlrecht bereits für die Kirchenvorstandswahl 2018 auf 14 Jahre abzusenken und den Jugenddelegierten das Recht einzuräumen, selber Anträge im Plenum der Landessynode einbringen zu können. Dies wurde zur Beratung in die jeweiligen Ausschüsse weitergeleitet.

Strukturen für Gerechtigkeit der Geschlechter

45 Prozent der Kirchenmitglieder sind männlich, ihr Anteil unter den Ehrenamtlichen aber liegt lediglich bei 29,6 Prozent. Dies ist nur eine der aufschlussreichen Zahlen, die Hella Mahler, Gleichstellungsbeauftragte der hannoverschen Landeskirche, in ihrem Bericht vor dem Kirchenparlament nannte. Weitere: In Bauausschüssen arbeiten 3 Frauen und 28 Männer, in Bildungs- und Schulausschüssen dagegen 17 Frauen und 9 Männer. In der Diakonie arbeiten zwei Drittel der Mitarbeitenden in Teilzeit, 83 Prozent davon sind Frauen. In der Geschäftsführung dagegen ist von zehn Posten nur einer mit einer Frau besetzt. „Wir sind aufgerufen, Strukturen zu schaffen, die gerechte Zugänge zu Entscheidungspositionen ermöglichen“, fordert Mahler.

Mit dem Gleichberechtigungsgesetz habe die Landeskirche ein Instrument geschaffen, das die Gleichberechtigung und Gleichstellung auf ein solides Fundament stelle. Dieses Gesetz sei aber noch zu wenig bekannt.

Die Datenanalyse über die Geschlechterverteilung im Ehrenamt in kirchlichen Gremien und Berufen in Kirche und Diakonie im Kirchenkreisverband in Osnabrück-Stadt und Land zeige deutlich: Je höher die Leitungsposition in den Gremien, umso größer sei der Männeranteil. Das Gleiche gelte für die sogenannten „harten Ausschüsse“. Diese erste Datenanalyse möge auch andere Bereiche und Regionen dazu anregen, eigene Analysen vorzunehmen. Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter sei eine Querschnittsaufgabe und dürfe keine Randstellung einnehmen, forderte die Theologin abschließend.

Tahons Skulptur siegt im Wettbewerb

Der belgische Künstler Johan Tahon hat einen Skulpturen-Wettbewerb der hannoverschen Landeskirche zum Verhältnis von Juden und Christen gewonnen. Die Präsidentin des Landeskirchenamtes, Dr. Stephanie Springer, stellte die Skulptur zum Thema „ecclesia und synagoga“ („Kirche und Synagoge“) vor. Tahons lebensgroße Bronze-Skulptur stellt Kirche und Synagoge als zwei Frauen dar, die mit Bibel und Tora die beiden Religionen verkörpern. Sie soll zwischen der Neustädter Hof- und Stadtkirche und der in der Pogromnacht 1938 abgebrannten Synagoge enthüllt werden.



Die Siegerskulptur

Zwei Bewerber auf Prüfstand

Arend de Vries stellt Fortschritte im Kommunikationskonzept vor

Der Gemeindebrief ist aus Sicht der Mitarbeitenden das wichtigste Mittel für die Kommunikation mit den Kirchenmitgliedern. Auf Rang zwei und drei folgen der Pastor bzw. die Pastorin als Kommunikationsmedium und die Lokalzeitung. Eine Direktkommunikation zwischen Landeskirche und Kirchenmitgliedern findet knapp die Hälfte der Befragten interessant. Das sind Ergebnisse einer Mitarbeitendenbefragung, die der Geistliche Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Arend de Vries, in einem Zwischenbericht zur Umsetzung des Kommunikationskonzeptes präsentierte.

Eigentlich hatte de Vries den Abschlussbericht vorstellen sollen. Den weiteren Zwischenbericht erklärte er so: „Wir stellen bei unserem Vorgehen Gründlichkeit und Umsichtigkeit vor Geschwindigkeit.“ In der Umsetzung des Konzeptes habe man eine möglichst breite Beteiligung angestrebt. Über die Befragung hinaus waren an Workshops Vertretende aller kirchlichen Ebenen sowie die jetzigen Akteure der Kommunikationsarbeit beteiligt. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die weiteren Schritte der Umsetzung des Konzeptes.

Dreh- und Angelpunkt ist die Schaffung einer neuen Leitungsstelle Kommunikation. Darauf habe es insgesamt 40 Bewerbungen gegeben, so de Vries, nach Bewerbungsgesprächen mit sechs Kandidaten durchlaufen nun zwei von ihnen ein externes Assessmentcenter. Die Leitungsstelle soll auf zwei Standbeinen stehen: Zum einen soll sie die Leitungsfunktion einer neuen Einrichtung in der Nachfolge des Evangelischen MedienServiceZentrums (EMSZ) sein, zum anderen als

Stabsstelle beim Landesbischof als Vorsitzendem des Landeskirchenamtes angegliedert sein. Die Eingruppierung erfolgt nach A 16.

Ein eigener Punkt der mündlichen Einbringung war das Thema Social Media. Seit Mitte 2016 engagiert sich die Landeskirche bei Facebook, Twitter und Instagram, nachdem die 24. Landessynode zunächst beschlossen hatte, die sozialen Netzwerke zurückhaltend zu nutzen. Man habe die Aktivitäten der Kirche auf diesen Plattformen unter den Aspekten Sicherheit, Reichweite und Stabilität beleuchtet, erklärte der Referent für Internetarbeit beim EMSZ, Kay Oppermann. Dazu gehörten unter anderem die internationale Rechtsprechung Social Media betreffend, und die Frage, wen die Kirche mit ihrem Angebot eigentlich erreiche.

Social Media biete viele Chancen der Kommunikationsarbeit, betonte de Vries. Auch die Gefahren seien deutlich. Doch: „Dass wir als Kirche diesen Gefahren erliegen, sehe ich nicht. Vielmehr sehe ich die Gefahr, dass wir uns in diesen Bereichen allzu rar machen.“ Er wies darauf hin, wie wichtig eine gute Vernetzung aller Medienakteure sei: „Die landeskirchliche Vernetzung wird nur dann gut sein, wenn sie deutlich machen kann, inwiefern sie die Öffentlichkeitsarbeit in den Sprengeln, Kirchenkreisen und Kirchengemeinden unterstützt.“ Kritik an der Ausgestaltung der Leitungsstelle kam von der stellv. Vorsitzenden des Öffentlichkeitsausschusses, Ortrud Wendt: „Ich hätte mir mehr Mut und Kreativität bei der Auslegung rechtlicher Vorgaben gewünscht und die Stelle gern so hoch angesiedelt gesehen, wie es der Bedeutung der Aufgabe entspricht.“

Keine Verrechnung von Vakanzen

Vor dem Hintergrund des zu erwartenden Pfarrermangels und der dadurch zunehmenden Zahl von Vakanzen soll künftig auf die Verrechnung vakanter Pfarrstellen verzichtet werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird nun an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Der Verzicht auf die Verrechnung hätte zur Folge, dass den Kirchenkreisen mehr Mittel für notwendig werdende Aushilfslösungen verblieben. Dies hatten mehrere Kirchenkreistage und ein Kirchenkreisvorstand beantragt. Da die Auswirkungen auf den landeskirchlichen Haushalt nicht vorhersehbar sind, sollen sie im Vorfeld der Beratungen über den Haushalt 2021/22 evaluiert und der Landessynode gegebenenfalls eine erneute Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vorgeschlagen werden.

Kirchenkreise: neue Ordnung

Spätestens im November 2018 sollen der Landessynode Eckpunkte der neuen Kirchenkreisordnung vorgestellt und diskutiert werden. In die Erarbeitung sollen, so das Votum der Landessynode, Vertretende aus dem Kreis der Superintendentinnen und Superintendenten, der Kirchenkreistagsvorsitzenden und aus dem Fachausschuss der Kirchen(kreis)ämter eingebunden werden. Die Veränderung des Verhältnisses von Landeskirche und Kirchenkreisen und die damit verbundene Verlagerung von Aufgaben auf die Kirchenkreise hatten eine neue Kirchenkreisordnung notwendig gemacht. Die Eckpunkte werden derzeit im Austausch mit Kirchenkreisen entwickelt.



Das Präsidium wurde bei der Neuwahl komplett im Amt bestätigt und ist nun weitere drei Jahre tätig.

Präsidium für weitere drei Jahre wiedergewählt

Das Präsidium der Landessynode wurde für weitere drei Jahre gewählt. Neben Präsident Dr. Matthias Kannengiesser sind dies als 1. Vizepräsidentin Wencke Breyer, 2. Vizepräsidentin Dr. Cornelia Babendererde und 3. Vizeprä-

sident Thomas Reisner. Schriftführerinnen und Schriftführer sind Marie-Luise Brümmer, Heike Conrads, Hartmut Ladwig, Eckart Richter, Elisabeth Schulze und Petra Utermöller. In den **Kirchensenat** sind mit Friederike

Dauer, Gunda Dröge und Alwin Pfanne drei Mitglieder der Landessynode gewählt worden, mit Hans-Heinrich Gronau, Klaus Kastmann, Knut Laemmerhirt und Gunda-Marie Meyer zudem vier Mitglieder der Landeskirche.



Christiane Schwerdtfeger und Jutta Kahle sind neue Mitglieder in der Landessynode.



Herausgegeben im Auftrag der
25. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers
von der landeskirchlichen Pressestelle
Rote Reihe 6, 30169 Hannover
Redaktion: Anke Brockmeyer (verantwortlich)
Unter Mitwirkung des
Evangelischen Pressedienstes
Niedersachsen-Bremen (epd)
und der Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten
Internet: www.synode.landeskirche-hannovers.de
Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang
(Evangelisches MedienServiceZentrum)
Fotos: Jens Schulze, privat
Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen